



WISSENSCHAFTLICHE
DIENSTE
DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

Ausarbeitung

THEMA: Lobbyismus in der Bundesrepublik
Deutschland und in den USA

Fachbereich XI: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
[REDACTED]

Bearbeiter/in: [REDACTED]

Abschluss der Arbeit: 3. Mai 2002

Reg.-Nr.: WD 1 – 24/02

Ausarbeitungen von Angehörigen der Wissenschaftlichen Dienste geben **nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung** wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung des einzelnen Verfassers und der Fachbereichsleitung. Die Ausarbeitungen sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	2
1.1. Forschungsstand	2
1.2. Begriffsbestimmung	2
2. Entwicklung des Lobbyismus	3
2.1. Gesetzliche Grundlagen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA	3
2.2. Entwicklung des Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland	5
2.3. Entwicklung des Lobbyismus in den Vereinigten Staaten	6
3. Politik und Lobbyismus im Wechselspiel	8
3.1. Selbstverständnis von Verbandsvertretern	8
3.2. Formen des Lobbyismus	9
4. Schlussbetrachtung	11
5. Benutzte Literatur	12
6. Lobbyismus in Deutschland und den USA – Auswahlbibliographie	13

1. Einleitung

1.1. Forschungsstand

Die Literatur zur Verbändeforschung ist sehr umfassend. Allerdings hat das Interesse an der Thematik in den zurückliegenden Jahren deutlich abgenommen, wie die rückläufige Anzahl der Publikationen zeigt. Im Rahmen dieser Ausarbeitung musste aufgrund der Fülle der zur Verfügung stehenden Arbeiten eine Auswahl getroffen werden. Dabei sind zum einen Untersuchungen neueren Datums vorgezogen worden. Zum anderen wurde - aufgrund der geforderten überblicksartigen Darstellung - auf die Verwendung von Spezialstudien zugunsten von allgemeinen Schriften verzichtet. Insgesamt hat sich dabei gezeigt, dass insbesondere die empirischen Befunde ausreichend sind, um ein gesichertes Bild des aktuellen Stands der Forschung zeichnen zu können.

1.2. Begriffsbestimmung

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Bezeichnung „Lobbyist“ in den USA eine gängige Beschreibung für die Tätigkeit von Interessenvertretern. Abgeleitet ist die Bezeichnung vom englischen Wort für Wandelhalle, „Lobby“, dem Ort der Begegnung von Verbandsmitarbeiter und Entscheidungsträger¹. Hiermit sind auch bereits die Hauptakteure im Bereich des Lobbyismus benannt, deren Wirkungszusammenhang im Wörterbuch der Politik von Manfred G. Schmidt wie folgt beschrieben wird: „Im engeren Sinne meint Lobbyismus vor allem die Bestrebungen von Interessengruppen, durch ihre Vertreter auf informellen Wegen im Sinne der eigenen Ziele und Interessen Einfluß auf öffentliche Institutionen und Amtsinhaber hauptsächlich durch Informationen und Gewährung oder Verweigerung von Unterstützung zu gewinnen.“²

Zur Charakterisierung des Zusammenspiels von Interessenvertreter und politischem Akteur verwendet die Forschung den Begriff des Marktverhältnisses. Genauer gesagt handelt es sich um ein Tauschgeschäft: „Jeder Anbieter hat gleichzeitig mehrere Waren zu offerieren und ist simultan auch an mehreren Waren interessiert.“³ Das Angebot des Lobbyisten besteht aus der

¹ Vgl. Norman J. Ornstein: Interessenvertretung auf dem Kapitol, in: Uwe Thaysen, Roger H. Davidson, Robert G. Livingston: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen 1988, S. 28-299, hier S. 281f.

² Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart 1995, S. 567.

³ Martin Sebaldt: Parlamentarische Demokratie und gesellschaftliche Modernisierung: Der deutsche Bundestag im Gefüge organisierter Interessen seit Mitte der siebziger Jahre, in: Heinrich Oberreuter, Uwe Kranenpohl, Martin Sebaldt (Hrsg.): Der deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Wiesbaden 2001. S. 280-300, hier S. 284f.

Bereitstellung komplexer fachlicher Informationen. Diese sind für den Entscheidungsträger in der benötigten Form nur von den Verbänden erhältlich. Ihre Beschaffung ist notwendig, „um im komplexer gewordenen Feld gesellschaftlicher Interessen weiterhin politische Entscheidungen von allgemeiner Akzeptanz treffen zu können.“⁴ Darüber hinaus ist die Versicherung von Loyalität entscheidend. Sie sichert die Durchsetzungsfähigkeit des Politikers und verhindert die Blockade politischer Entscheidungen durch Opponieren des Verbandes.

Im Gegenzug bietet der Entscheidungsträger dem Interessenvertreter die Berücksichtigung seiner Zielvorgaben. Im wesentlichen geschieht dies durch die Gewährung von Vergünstigungen oder die Zusicherung der Erhaltung des Status Quo.

Der Verbandsforscher Martin Sebaldt bewertet dieses wechselseitige Verhältnis als unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren politischer Prozesse und die damit verbundene Sicherung der Akzeptanz politischer Beschlüsse: „Nach wie vor wird der Erfolg staatlichen Handelns an der Lernfähigkeit der Politik gemessen und an der Fähigkeit, sich wandelnde gesellschaftliche Interessenlagen adäquat bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.“⁵

2. Entwicklung des Lobbyismus

2.1. Gesetzliche Grundlage in der Bundesrepublik Deutschland und den USA

Der Artikel 9 des Grundgesetzes regelt die Bildung von Verbänden und Zusammenschlüssen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Grundlagen für verbandliche Tätigkeit beschränken sich damit auf ein Mindestmaß gesetzlicher Vorschriften und ermöglichen somit weitreichende inhaltliche und organisatorische Autonomie. Diese ausgeprägten Freiheiten, die insbesondere ökonomisch starken Verbänden eine intensive Beförderung ihrer Interessen ermöglichen, wurden in den 60er und 70er Jahren kritisch hinterfragt. Die daraus resultierende Diskussion um ein „Verbändegesetz“ wurde zwar intensiv geführt, hat jedoch letztlich nicht zu einer generellen Novellierung der Bestimmungen für lobbyistisch tätige Organisationen geführt.

Dem Bestreben, die Arbeit der Lobbyorganisationen zumindest ansatzweise transparenter zu machen, wurde in der Folge jedoch trotzdem Rechnung getragen. 1972 wurde vom Deutschen Bundestag beschlossen, die im Umfeld von Regierung und Parlament tätigen Verbände in der sogenannten „Lobbyliste“ zu erfassen⁶. In der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

³ Martin Sebaldt: Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen. Opladen 1997, S. 55.

⁴ Martin Sebaldt: Parlamentarische Demokratie, a.a.O., S. 280.

⁵ Ebd. S. 280.

⁶ Vgl. ebd. S. 281.

ist festgehalten, dass der zu registrierende Verband Name und Sitz, Zusammensetzung von Vorstand und Geschäftsführung, Interessenbereich, Mitgliederzahl, Namen der Verbandsvertreter sowie die Anschrift der Geschäftsstelle am Parlaments- und Regierungssitz angeben muss⁷. Erst nach dieser Erfassung erhält die Organisation das Recht auf Gehör vor den Gremien des Deutschen Bundestages, soweit dies vom Parlament als notwendig erachtet wird.

Parallel zur Schaffung der Lobbyliste wurden die Parlamentarier verpflichtet, ihre beruflichen Tätigkeiten während der Ausübung ihres Mandates anzuzeigen. Mitteilungspflichtig sind bezahlte Aktivitäten als Vorstands-, Aufsichts- oder Verwaltungsratsmitglied⁸. 1976 wurde die Anzeigepflicht noch einmal verschärft und auch auf zurückliegende Beschäftigungsverhältnisse ausgedehnt: „Die Regelungsdichte des Bundestages bewegt sich damit im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Die ursprüngliche Intention allerdings, lobbyistische Aktivitäten durch diese öffentliche Registrierung transparenter und auch kontrollierbarer zu machen, blieb weitgehend Illusion. Denn zum einen eignet sich die bloße dokumentarische Auflistung von Verbänden hierfür ohnehin nicht, zum anderen sind die in Deutschland zu leistenden Angaben viel zu fragmentarisch, um die Aktivitäten und das politische Machtpotential einer Gruppierung präzise erfassen zu können.“⁹

Die Vereinigten Staaten bedienen sich zur Kontrolle ihrer Lobbyorganisationen sehr viel restriktiverer Werkzeuge. Der im Jahre 1995 eingeführt „Lobby Restrictions Act“ verpflichtet die Verbände zur Offenlegung ihrer Finanzen und der getätigten finanziellen Zuwendungen¹⁰. Diese enge Regelung ersetzte die seit 1948 bestehende Pflicht zur Registrierung. Die Durchschlagskraft dieser Vorschrift erwies sich aufgrund ihrer Konstruktionsfehler jedoch als gering und wurde deswegen reformiert: „Durch die vagen Bestimmungen, wer sich in diese Liste eintragen lassen muß, durch das zugrunde gelegte enge Verständnis von Lobbyismus sowie durch die Tatsache, daß dieses Gesetz in seiner beinahe 40jährigen Geschichte nie konsequent angewandt wurde, sind Zweifel an seiner Wirksamkeit angebracht.“¹¹ Mit der Verschärfung des Registrierungsverfahrens, insbesondere der Pflicht zur halbjährlichen Veröffentlichung eines Tätigkeitsberichtes, verfügen die USA damit nun über ein sehr engmaschiges Netz der quantitativen, aber auch der qualitativen Erfassung von verbandlicher Lobbytätigkeit.

⁷ Vgl. GOBT, Anlage 2, Absatz 2.

⁸ Vgl. GOBT, Anlage 1, Absatz 1.

⁹ Martin Sebaldt: *Parlamentarische Demokratie*, a.a.O., S. 282.

¹⁰ Vgl. Clive S. Thomas: *Interest Group Regulation Access in the United States. Rationale, Development and Consequences*, in: *Parliamentary Affairs*, Nr. 51, 1998, S. 500-515, hier S. 509.

2.2. Entwicklung des Lobbyismus in der Bundesrepublik Deutschland

Die Anzahl der in der Lobbyliste erfassten Verbände stieg seit ihrer Einführung regelmäßig an. Im Jahre 1974 wies die Liste 635 Eintragungen auf, im Jahre 2000 waren es bereits 1.691¹².

Die Struktur der Organisationen ist sehr heterogen. Es finden sich sowohl Spitzenverbände der Wirtschaft als auch Kleinorganisationen mit sehr spezifischem Interessenschwerpunkt. Im genannten Zeitraum hat sich jedoch sehr deutlich eine Zunahme von Organisationen aus dem Non-Profit-Sektor (Sozial-, Kultur-, Umwelt und Freizeitverbände sowie politische Organisationen) gezeigt. Der Anteil ökonomisch orientierter Verbände (Branchen-, Arbeitgeber-, Berufsverbände und Gewerkschaften) sank demgegenüber von 80 Prozent im Jahre 1974 auf 64,5 Prozent im Jahre 2000.

Die Ursachen dieser Umschichtungen sind in gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen zu suchen, welche gerade dem Non-Profit-Sektor in den letzten Jahrzehnten ein substantiell gewachsenes Organisationspotential verschafften: „Politisch-kulturelle Reifungsprozesse mit Entfaltung einer ‚participant culture‘ ... und das Vordringen postmaterialistischer Orientierungen in der deutschen Bevölkerung ... senkten ... die Hemmschwelle für eine verbandliche Artikulation bisher benachteiligter Interessen.“¹³ Dieser Befund darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die „traditionellen“ Organisationen zahlenmäßig insgesamt noch immer die Verbandslandschaft dominieren und auch hier ein Ansteigen der absoluten Zahlen zu verzeichnen ist.

Man kann die Ausweitung der nicht ökonomisch orientierten Verbände also als einen Reflex auf den Wandel sozialer Prozesse bezeichnen: „Moderne Gesellschaften sind einem starken Wandel unterworfen und sind gleichzeitig einer Menge von Bedrohungen ausgesetzt, die einen nachhaltigen Einfluss auf das Interessenspektrum dieser Gesellschaften besitzen. Folge davon muß sein, daß sich auch die Konfiguration organisierter Interessen nachhaltig verändert.“¹⁴

Sebaldt führt diesen für die Bundesrepublik zu konstatierenden Sachverhalt auf die von Ulrich Beck beschriebene „Risikogesellschaft“ zurück. Die Menschen fühlen sich in zunehmenden Maße von Risiken, wie etwa der Umweltzerstörung, bedroht. Zu den Gegenstrategien inner-

¹¹ Norman J. Ornstein, a.a.O., S 292.

¹² Vgl. Martin Sebaldt: Parlamentarische Demokratie, a.a.O., S. 283.

¹³ Ebd. S. 284f.

¹⁴ Martin Sebaldt: Organisierter Pluralismus, a.a.O., S. 45.

halb der Bevölkerung gehört auch die Gründung von Verbänden, deren Ziel die Abwehr von Gefahren ist.

Ein weiterer Befund der empirischen Analyse der Lobbyisten ist das Ansteigen der Zahl der Organisationen, die einem Interessenbereich des tertiären Sektors zuzuordnen sind. Die zunehmende Bedeutung von Dienstleistung im gesamtwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik führte ebenfalls zu dieser signifikanten Ausweitung des Verbandsspektrums. Rund 70 Prozent der im Jahre 2000 erfassten Organisationen waren auf diesem Feld tätig. Beachtet man, dass auch die absoluten Zahlen erheblich gewachsen sind, unterstreicht dies noch einmal deutlich die herausragende Bedeutung der Dienstleistungsbranche für die Bundesrepublik¹⁵.

2.3. Entwicklung des Lobbyismus in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten engagieren sich seit der Staatsgründung Verbände für die Interessen ihrer Mitglieder. Exakte Zahlen über die Anzahl der in den USA tätigen Organisationen lassen sich aufgrund der bereits erwähnten mangelhaften Registrierung nur im begrenzten Umfang nennen. Einer Schätzung zufolge gab es 1929 bereits rund 500 Verbände, die die spezifischen Anliegen ihrer Klientel verfolgten¹⁶. Für das Jahr 1955 geht man von ca. 9.500 Organisationen aus, für das Jahr 1995 rechnet man mit ca. 22.500 einschlägigen Verbänden¹⁷.

In den USA haben vor allem der Vietnamkrieg und dessen Folgen nachhaltige Veränderungen der Verbandslandschaft ausgelöst. Insbesondere die sich formierenden Bürgerbewegungen forderten im Zuge des Krieges mehr Beteiligung ein. Dies schlug sich in einem rapiden Wachstum von Verbänden aus dem Bereich der Friedens- und Bürgerrechtsarbeit nieder. Darüber hinaus eröffnete die Reform des Kongresses in den 60er und 70er Jahren den Parlamentariern mehr Einfluss gegenüber der Regierung: „Ein transparenterer, dynamischer, dezentralisierter, demokratisierter und gut besetzter Kongreß eröffnete Verbänden und Individuen Hunderte, ja Tausende neuer Einfallstore in das Gesetzgebungsverfahren.“¹⁸ Damit sind sowohl die politischen Grundlagen als auch die organisatorischen Rahmenbedingungen benannt, die zu einer nachhaltigen Umstrukturierung des amerikanischen Verbandesystems geführt haben.

¹⁵ Ebd. S. 176.

¹⁶ Norman J. Ornstein, a.a.O., S. 283.

¹⁷ Vgl. Martin Sebaldt: Verbändedemokratie im Umbruch. Dimensionen der Modernisierung im System organisierter Interessen der USA, in: Zeitschrift für Politik 48 2001, S. 24-47, hier S. 25f.

¹⁸ Norman J. Ornstein, a.a.O., S. 283.

Insbesondere die traditionellen Wirtschaftsverbände, die die 50er und 60er Jahre dominierten, gerieten demgegenüber ins Hintertreffen. Ihnen gelang es nicht, auf den Zug der Modernisierung aufzuspringen. Sie krankten vor allem an ihren traditionellen Strukturen, die der zunehmenden Professionalisierung der Lobbyarbeit entgegenstanden. Auch die Neuformierung von Verbänden mit modernen Organisationsformen und -strategien konnte diesem Umstand nicht entgegenwirken. Ähnliches ist auch für die Gewerkschaften zu konstatieren, deren Bedeutung in den 80er Jahren zunehmend kleiner wurde¹⁹.

Die Non-Profit-Organisationen waren dagegen für die Herausforderungen der Professionalisierung der Verbandsarbeit gerüstet. Mit dem Ende des Vietnamkriegs hatten eine Reihe von Verbänden ihr erklärtes Ziel erreicht. Die ihrer Aufgabe beraubten Aktivisten begaben sich auf die Suche nach einem neuen Betätigungsfeld. Viele von ihnen fanden eine neue Heimat in der erstarkenden Umwelt- und Verbraucherschutzbewegung, so dass das personelle Reservoir für eine Ausdehnung des Engagements in diesem Bereich bereitstand. „Dies alles spricht dafür, dass die vor Jahrzehnten noch als äußerst unausgewogen eingeschätzten Organisationspotentiale unterschiedlicher Interessen sich deutlich aufeinander zu bewegen.“²⁰ Insgesamt sind die groben Entwicklungslinien in Deutschland also in ähnlicher Weise verlaufen wie in den Vereinigten Staaten.

An dieser Stelle sei aber auf einen Punkt verwiesen, der die Verbandslandschaft der Vereinigten Staaten strukturell von derjenigen der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet. Das fast völlige Fehlen von Spitzenverbänden führt zu einem starken Konkurrenzdruck der Organisationen untereinander. Anders als in Deutschland genießen auch die lokalen Gruppierungen der gesamtstaatlich tätigen Organisationen ein vergleichsweise hohes Maß an Autonomie. Dies führt zu einer sehr fragmentierten Verbandsstruktur, mit Rückwirkungen auf die Durchsetzungsfähigkeit der Einzelverbände²¹.

¹⁹ Ebd., S. 284f.

²⁰ Martin Sebaldt: Verbändedemokratie im Umbruch, a.a.O., S. 47.

²¹ Vgl. Martin Sebaldt: Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA. Wiesbaden 2001, S. 45f. und 95.

3. Politik und Lobbyismus im Wechselspiel²²

3.1. Selbstverständnis von Verbandsvertretern

Der Politikwissenschaftler Martin Sebaldt hat das Selbstverständnis von Verbandsvertretern mit Hilfe qualitativer Interviews untersucht. Obwohl sich zu einzelnen Fragen selbstverständlich unterschiedliche Aussagen konstatieren lassen, hat seine Untersuchung nachgewiesen, dass es eine sehr ähnliche Selbsteinschätzung der Interessenvertreter gibt.

Verbandsrepräsentanten sehen sich in erster Linie nicht als verlängerten Arm ihrer Organisationen. Vielmehr vergleichen sie ihre Rolle mit der eines autonom handelnden Dienstleisters, der gegenüber seinen „Auftraggebern“ über ein hohes Maß an Handlungsfreiheit verfügen muss: „Nur ein eigenständig handelnder ‚agent‘ ... ist in der Lage, politisch erfolgreich zu operieren und kurzfristig nötig werdende Entscheidungen auch autonom zu fällen.“²³ Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn sich der Interessenvertreter der Unterstützung seiner Klientel sicher ist. Deshalb wird die verbandsinterne Arbeit mit den Mitgliedern als sehr wichtig eingestuft, nicht zuletzt zur Definition der eigenen Handlungsziele und -prämissen.

Die Lobbyisten sind sich sehr wohl bewusst, dass sie lediglich die Interessen eines meist sehr kleinen Teils der Gesellschaft wahrnehmen. Trotzdem sind sie der Auffassung, dass ihre Tätigkeit letztlich auch einen Beitrag zum Gemeinwohl darstellt: „Die Konkurrenz einer Vielzahl spezifischer Interessen wird von der Mehrzahl der Interviewten immer noch als bestes Mittel angesehen, um zu allgemeinverbindlichen Entscheidungen zu gelangen, die auch der Allgemeinheit dienen.“²⁴

Dieses große Selbstbewusstsein dokumentiert sich auch in zwei weiteren Punkten. Zum einen sind sich die Lobbyisten in der Bundesrepublik darin einig, dass ihre Tätigkeit in der öffentlichen Diskussion kein besonders hohes Ansehen genießt. Dies gilt im besonderen Maße für die Repräsentanten der Spitzenorganisationen, die häufig in der Kritik stehen: „Der Begriff weckt immer noch negative Assoziationen – wie manipulierte Machenschaften von Interessenvertretern, illegitime Einflussnahme in Hinterzimmern, wenn nicht gar Anklänge an Patronage und Korruption. Im Mutterland des Lobbyismus, im amerikanischen Kongress, ist das längst

²² In diesem Kapitel finden nur die bundesdeutschen Verhältnisse ihren Niederschlag. Die amerikanischen Verhältnisse ließen sich aus der ausgewerteten Literatur nicht rekonstruieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Abläufe politischer Entscheidungsfindungen oder auch gesellschaftliche Unterschiede, wie zum Beispiel die völlig andere Spendenmentalität in den USA, einen anderen Befund als den bundesdeutschen erbracht hätten.

²³ Martin Sebaldt: *Organisierter Pluralismus*, a.a.O., S. 238.

²⁴ Ebd. S. 239.

anders geworden.“²⁵ Der eigenen Überzeugung von der Notwendigkeit der Interessenvertretung tut dies allerdings keinen Abbruch.

Zweitens hat die Studie von Martin Sebaldt gezeigt, dass sich Verbandsvertreter gegenüber ihren Gesprächspartnern auf der anderen Seite als gleichrangig betrachten. Sie wissen, dass die politischen Akteure ebenfalls von der Zusammenarbeit profitieren und eine adäquate Gegenleistung für ihr Engagement zugunsten des Verbandes erwarten können.

3.2. Formen des Lobbyismus

Lobbyismus ist in der Regel ein Geschäft, das von professionellen, meist akademisch ausgebildeten, Personen betrieben wird. Die Fülle der Tätigkeiten erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität. Trotzdem bewegt sich der Verbandsvertreter auf einem Feld, in dem sich über die Jahre bestimmte Verfahrensweisen etabliert haben, die mitentscheidend für die erfolgreiche Durchsetzung der jeweiligen Interessen sind.

Zunächst erfolgt die Kontaktaufnahme mit dem Entscheidungsträger in der Regel direkt durch den Verband. Die Arbeit der Organisation setzt dabei sehr frühzeitig ein. Dies hat zur Folge, dass das Parlament nicht der wichtigste Adressat von Lobbyaktivitäten ist. Bedeutsamer ist es für die Verbände, einen Gesetzentwurf bereits in der Entstehungsphase zu „begleiten“. Deshalb rangieren die Ministerien ganz oben auf der Skala der Wichtigkeit²⁶. Die parteipolitische Orientierung des Gesprächspartners spielt grundsätzlich keine Rolle, sofern sein Einfluss eine Beförderung der eigenen Interessen verspricht.

Nur ein kleiner Teil der Verbandsarbeit findet im offiziellen Rahmen statt. Parlamentarische Abende oder größere Veranstaltungen dienen allenfalls dazu, einem größeren Kreis die Anliegen des Verbandes in einer angenehmen Umgebung nahe zu bringen. Viel wichtiger sind inoffizielle Kontakte in Form von Gesprächen mit wenigen Teilnehmern oder Arbeitsessen. Diese Form der Pflege der Interessen des Verbandes wird von den Verbandsvertretern als ihr schlagkräftigstes Instrument betrachtet. In diesem Zusammenhang wird auch betont, dass Lobbyisten ihre Gespräche in der Regel mit dem Ziel des Interessenausgleichs mit der Politik führen. Konfliktorientierte Auseinandersetzungen werden nach Möglichkeit vermieden und sind deshalb eher die Ausnahme.

²⁵ Ulrich von Alemann: Vom Korporatismus zum Lobbyismus? Die Zukunft der Verbände zwischen Globalisierung, Europäisierung und Berlinisierung, in: APuZ 26/27 2000, S. 3-6, hier S. 3.

²⁶ Martin Sebaldt: Organisierter Pluralismus, a.a.O., S. 34ff.

Um die eigenen Ziele zu erreichen, gehen die Verbände falls nötig auch strategische Bündnisse mit Organisationen ähnlichen Interessenschwerpunktes ein. Gerade kleinere Verbände versprechen sich durch die Unterstützung der Anliegen anderer Organisationen die nötige Aufmerksamkeit und Rückendeckung für die Durchsetzung ihrer eigenen Ziele²⁷.

Ebenfalls von großer Bedeutung für erfolgreiche Lobbyarbeit ist ein gutes Verhältnis zu den Medien. Neben den direkten Kontakten zu deren Vertretern arbeiten die Verbandsrepräsentanten mit eigenen Pressemitteilungen oder anderen Veröffentlichungen, um ihrer Position ein öffentliches Forum zu schaffen.

Die Adressaten von Lobbyaktivitäten empfinden diese in der Regel nicht als Belästigung, weil sie sich bewusst sind, dass sie als Teilnehmer eines Tauschgeschäftes ebenfalls davon profitieren. Lobbyismus hat darüber hinaus für die Angesprochenen noch einen weiteren Vorteil. Es ist nicht mehr nötig, die gesellschaftlichen Problemfelder in ihrer Gänze auszu-leuchten, um daraus politischen Handlungsbedarf abzuleiten: „Verbände dienen ... dem Zweck, aus den gesamten Einzelmeinungen eines bestimmten Interessenspektrums durch Bündelung und Komprimierung eine klare Gesamtposition herauszudestillieren, welche in dieser Form gegenüber politischen Akteuren artikuliert werden kann.“²⁸ Dies bedeutet auch, dass es durch den Prozess der verbandsinternen Meinungsbildung jedoch naturgemäß zu einem Ausgleich bzw. Entscheidung zwischen divergierenden Ansichten kommen muss. In dieser Hinsicht wird das Wahlspektrum unter verschiedenen Ansichten für den Entscheidungsträger natürlich erheblich eingengt.

Neben der klassischen Rollenverteilung zwischen Lobbyist und Politiker/Amtsinhaber wird in diesem Zusammenhang in der öffentlichen Diskussion ein weiteres Charakteristikum immer wieder thematisiert: Das Handeln von Politikern, die parallel zu ihrem Amt eine Verbandstätigkeit ausüben. Dieses sogenannte „interne Lobbying“ wird von den Verbandsvertretern selbst als nicht besonders effektiv angesehen²⁹. Man fürchtet die negative Stigmatisierung, insbesondere dann, wenn ökonomische Interessen und Mandat bzw. Amt kollidieren: „Ungehaltene Fraktionskollegen sind in diesem Falle meist noch weniger geeignet, den Interessen des betroffenen Verbandes Rechnung zu tragen, sehen die Instrumentalisierung von Parla-

²⁷ Dies unterscheidet die Bundesrepublik ebenfalls von den Vereinigten Staaten. Dort ist die Konkurrenzsituation der Verbände sehr viel ausgeprägter, was sich natürlich auf deren Kooperationsbereitschaft auswirkt, vgl. Martin Sebaldt: Organisierte Pluralismus, a.a.O., S. 376.

²⁸ Martin Sebaldt: Verbände und Demokratie: Funktionen bundesdeutscher Interessengruppen in Theorie und Praxis, in: APuZ 26-27 1997, S. 27-37, hier S. 27.

²⁹ Vgl. Ferdinand Müller-Rommel: Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag, in: Uwe Thaysen, Roger H. Davidson, Robert G. Livingston: US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen 1988, S. 300-323, hier S. 304.

mentariern als unzulässigen Eingriff in die parlamentarische Entscheidungsautonomie.“³⁰ Die entscheidende Trennlinie ist hierbei die Unterscheidung zwischen ökonomisch orientiertem Verband und den Non-Profit-Organisationen, in denen eine gleichzeitige Betätigung eher akzeptiert wird. Trotz dieses Umstandes sind in den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft ca. 25 Prozent der herausragenden Positionen mit aktiven Politikern besetzt³¹. Es ist dabei festzustellen, dass eine Gleichzeitigkeit von politischem und verbandlichem Engagement eher ein Phänomen der Altparteien ist. Darüber hinaus sind Politiker aus dem Osten eher unterdurchschnittlich repräsentiert, da es die klassischen Multifunktionärskarrieren nach westlichem Muster dort naturgemäß nicht geben konnte³².

4. Schlussbetrachtung

Der Lobbyismus in der Bundesrepublik und den USA ist einem steten Wandlungsprozess unterworfen. Ins Auge fällt in erster Linie die zunehmende Ausdifferenzierung der Verbandslandschaft. Diese ist als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung zu interpretieren. Das der Interessenvertretung zugrundeliegende organisatorische Gefüge unterliegt einem relativ fest gefügten Schema, das allenfalls Anzeichen des Wandels zu noch professionelleren Methoden der Interessendurchsetzung zeigt.

Die größten Veränderungen stehen den national tätigen Verbänden jedoch noch bevor: Durch die Verlagerung von Entscheidungen auf supranationale Ebenen, etwa die Europäische Union, wird ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozess der Interessenvertretung einsetzen. Dieser Vorgang hat bereits jetzt begonnen und wird dadurch verstärkt, dass die multinationalen Konzerne im Rahmen der Globalisierung immer bedeutender werden. Sie entwickeln eigene Techniken zur Durchsetzung ihrer Ziele und agieren schon heute häufig unabhängig von ihren Verbänden.

Trotz dieser gravierenden Veränderungen, die die Verbandslandschaft nachhaltig verändern werden, sind sich die Verbandsforscher einig, dass der Lobbyismus in der heutigen Form eine Zukunft haben wird: „Die Verbände werden auch weiterhin die Aufgabe übernehmen müssen, Lobbying für die kleinen und mittleren Unternehmen durchzuführen, die nicht das Gewicht der Großen haben.“³³

³⁰ Martin Sebaldt: Organisierte Pluralismus, a.a.O., S.379.

³¹ Klaus Mayer, Natalie Naji: Die Lobbyingaktivitäten der deutschen Wirtschaft, in: Recht und Politik. Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik 36 2000, S. 31-43, hier S. 38.

³² Vgl. Martin Sebaldt: Parlamentarische Demokratie, a.a.O., S. 295.

³³ Klaus Mayer, Natalie Naji, a.a.O., S.43.

5. Benutzte Literatur

Ulrich von Alemann: Vom Korporatismus zum Lobbyismus? Die Zukunft der Verbände zwischen Globalisierung, Europäisierung und Berlinisierung, in: ApuZ 26/27 2000, S. 3-6.

Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

Ferdinand Müller-Rommel: Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag, in: Uwe Thaysen, Roger H. Davidson, Robert G. Livingston: US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen 1988, S. 300-323.

Norman J. Ornstein: Interessenvertretung auf dem Kapitol, in: Uwe Thaysen, Roger H. Davidson, Robert G. Livingston (Hg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen 1988, S. 281-299.

Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart 1995, S. 567.

Martin Sebaldt: Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA. Wiesbaden 2001.

Ders.: Verbändedemokratie im Umbruch. Dimensionen der Modernisierung im System organisierter Interessen der USA, in: Zeitschrift für Politik 48 2001, S. 24-47.

Ders.: Parlamentarische Demokratie und gesellschaftliche Modernisierung: Der deutsche Bundestag im Gefüge organisierter Interessen seit Mitte der siebziger Jahre, in: Heinrich Oberreuter, Uwe Kranenpohl, Martin Sebaldt (Hg.): Der deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Wiesbaden 2001. S. 280-300.

Ders.: Verbände und Demokratie: Funktionen bundesdeutscher Interessengruppen in Theorie und Praxis, in: ApuZ B 36-37 1997, S. 27-37.

Clive S. Thomas: Interest Group Regulation Access in the United States. Rationale, Development and Consequences, in: Parliamentary Affairs, Nr. 51 1998, S. 500-515

6. Lobbyismus in Deutschland und den USA - Auswahlbibliographie

Adler, Hans: Bonn: Stadt und Staat im Sumpf, Berlin 1958.

Agger, Donald G.: Lobbying in den Vereinigten Staaten, in: Strauch, Manfred (Hg.): Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. S. 263 - 275.

Alemann, Ulrich von: Verbände und Staat : vom Pluralismus zum Korporatismus ; Analysen, Positionen, Dokumente, Opladen 1979.

Alemann, Ulrich von: Vom Korporatismus zum Lobbyismus?: Die Zukunft der Verbände zwischen Globalisierung, Europäisierung und Berlinisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50 (26/27 vom 23.06.2000), S. 3 - 6.

Amerongen, Otto Wolff von: Nichts Hintergründiges oder Verwerfliches: Vom Einfluß der Verbände auf die Arbeit des Bundestages, in: Klatt, Hartmut (Hg.): Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland: Beiträge zum dreißigjährigen Bestehen des Deutschen Bundestages, Bonn 1980, S. 79 - 82.

Arnim, Hans Herbert von: Abgeordnetenkorruption, in: Juristenzeitung 45 (1990), 21, S. 1014 - 1017.

Avery, William P.: Domestic interests in NAFTA bargaining, in: Political science quarterly 113 (1998), 2, S. 281 - 305.

Ayberk, Ural / Schenker, François-Pierre: Des lobbies européens entre pluralisme et clientélisme, in: Revue française de science politique 48 (1998), 6, S. 725 - 755.

Backhaus-Maul, Holger / Olk, Thomas: Vom Korporatismus zum Pluralismus? Aktuelle Tendenzen in den Staat-Verbände-Beziehungen am Beispiel des Sozialsektors, in: Clausen, Lars (Hg.): Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale, Frankfurt a.M. 1995, S. 580 - 594.

Bardey, Emil: Die Wahrheit über die Verbände: 9 Thesen über d. natürl. Aufgaben d. Vereinigungen in e. Demokratie, Düsseldorf 1962.

Bardong, Otto: Das EP und der Lobbyismus: der Verhaltenskodex soll mehr Transparenz bringen, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 39 (1998), 4, S. 35 - 37.

Becker, Richard: Gewerkschaften und Parlament, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), 8, S. 465 - 469.

Behrends, Sylke: Gruppenorientierte Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1997.

Bendheim, Erich: Andere Länder - andere Lobby, in: Wirtschaftsdienst: wirtschaftspolitische Monatsschrift 45 (1965), 8, S. 401 - 416.

Bennett, Robert J.: Business routes of influence in Brussels: exploring the choice of direct representation, in: Political studies 47 (1999), 2, S. 240 - 257.

Benz, Arthur (Hrsg.): Zwischen Kooperation und Korruption: abweichendes Verhalten in der Verwaltung, Baden-Baden 1992.

Benz, Arthur: Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat, in: Leggewie, Claus [Hrsg.] Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2001, S. 263 - 280.

Benzner, Bodo: Ministerialbürokratie und Interessengruppen: eine empirische Analyse der personellen Verflechtung zwischen bundesstaatlicher Ministerialorganisation und gesellschaftlichen Gruppeninteressen in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1949 - 1984, Baden-Baden 1989.

Bernhard, Kurt: Mitwirkung von Verbänden an der Gesetzgebung, in: Bayerische Verwaltungsblätter: Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung N.F. 7 (1961), 12, S. 375 - 376.

Berry, Sebastian: Lobbyists: techniques of the political 'insiders', in: Parliamentary affairs: a journal of comparative politics 45 (1992), 2, S. 220 - 232.

Berthold, Norbert: Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit: setzt sich das ökonomische Gesetz gegen (verbands-)politische Macht durch?, in: Ordo 51 (2000), S. 231 - 259.

Beyme, Klaus von: Interest groups in parliamentary decisions in the German Bundestag, in: Government and opposition: a quarterly journal of comparative politics 33 (1998), 1, S. 38 - 55.

- Böcher, Michael:** Institutionelle Grenzen und parteipolitische Dynamik: Anmerkungen zum **Naji, Klaus / Mayer, Natalie:** Die Lobbyingaktivitäten der deutschen Wirtschaft, in: Recht und Politik: Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, 36 (2000), 1, S. 31 - 43.
- Böhm, Anton:** Mächtiger als das Parlament: Der Parteien- und Interessenfeudalismus und seine Überwindung, in: Wort und Wahrheit: Zeitschr. für Religion und Kultur 10 (1955), 11, S. 831 - 849.
- Bonns Lobby,** in : Capital: Das deutsche Wirtschaftsmagazin 5 (1966), 9, S. 51 – 56.
- Boysen, Sönke / Weber, Adolf:** Der Mechanismus der agrarpolitischen Willensbildung: Dokumentiert am Beispiel des Marktstrukturgesetzes, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (1971), 2, S. 159 - 173.
- Braunthal, Gerard:** The federation of German industry in politics, Ithaca, N.Y. 1965.
- Braunthal, Gerard:** The West German legislative process: a case study of two transportation bills, Ithaca, N.Y. u.a. 1972.
- Broichhausen, Klaus:** Knigge und Kniffe für die Lobby in Bonn, München 1982.
- Buholzer, René Paul:** Legislatives Lobbying in der Europäischen Union: ein Konzept für Interessengruppen, Bern u.a. 1998.
- Buitendijk, G. J. / Schendelen, M. P. C. M. van:** Brussels advisory committees: a channel for influence?, in: European law review 20 (1995),1, S. 37 - 56.
- Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hg.):** Die Stellung der Verbände im demokratischen Rechtsstaat, Düsseldorf 1968.
- Bunn, Ronald F.:** The Federation of German Employers' Associations: a political interest group, in: Western political quarterly 13 (1960), 3, S. 652 - 669.
- Burneleit, Heinz:** Feindschaft oder Vertrauen zwischen Staat und Wirtschaft?, Frankfurt a.M. 1961.
- Canadian Study of Parliament Group:** Interest groups and parliament: Ottawa 12 - 13 April 1989, Quebec City 1 June 1989, Ottawa, 1989.
- Caress, Stanley M.:** Assessing the effectiveness of federal policy on environmental illness, in: South-eastern political review 27 (2000), 1, S. 61 - 80.
- Castles, F. G.:** Business and government: a typology of pressure group activity, in: Political studies: the journal of the Political Studies Association of the UK 17 (1969), 2, S. 160 – 176.
- Chambers, F. P.:** Interest groups and foreign affairs, in: Year-book of world affairs 8 (1954) S. 220-241.
- Chudszak, Christine / Rourke, Philip:** Registering influence: public policy and the lobbying industry, in: Parliamentary government 9 (1990),4, S. 21 - 26.
- Claussen, Hans Rudolf:** Korruption im öffentlichen Dienst: ein Überblick, Köln 1995.
- Club de Bruxelles (under the direction of Andy Stern):** Lobbying in Europe after Maastricht: how to keep abreast and wield influence in the European Union, Brüssel 1994.
- Club de Bruxelles:** European lobbying: how to keep abreast and wield influence in the EC, Brüssel 1992.
- Coen, David:** The European business interest and the nation state: large-firm lobbying in the European Union and member states, in: Journal of public policy 18 (1998), 1, S. 75 - 100.
- Damaschke, Kurt:** Der Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung : Am Beispiel des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen; Chemikaliengesetz, München 1986.
- Daumann, Frank:** Interessenverbände im politischen Prozeß - Einflußnahme und Möglichkeiten der Begrenzung, in: Ordo 50 (1999), S. 171 - 206.
- Dennert, Jürgen:** Außerparlamentarische Einflüsse auf den Entwicklungsausschuß des Deutschen Bundestages, in: Probleme der Demokratie heute: Tagung d. Dt. Vereinigung für Politische Wissenschaft in Berlin; Herbst 1969, Opladen 1971, S. 388 - 418.
- Dettling, Warnfried:** Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, Bonn 1976.
- Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.:** Der Abgeordnete im Visier der Verbände: Mythos und Realität des Lobbyismus im Parlament, Bonn 1998.

- Dieckmann, Jens:** Der Einfluß der Deutschen Sparkassenorganisation auf die staatliche Wirtschaftspolitik in der historischen Entwicklung: Eine empirische Untersuchung zur Theorie der Verbände, Frankfurt a.M. 1981.
- Diekmann, Knut:** Die Vertretung spezifischer deutscher Interessen in der Europäischen Union - Träger, Strategien, Erfolge, in: Weidenfeld, Werner (Hg.) Deutsche Europapolitik: Optionen wirksamer Interessenvertretung, Bonn 1998, S. 209 - 265.
- Dönhoff, Marion:** Le "lobbisme" à Bonn, in: Documents: revue des questions allemandes 11 (1956), 2/3, S. 205 - 207.
- Dorothee Buchhaas:** Gesetzgebung im Wiederaufbau: Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945 - 1952, Düsseldorf 1985.
- Dubs, Alf:** Lobbying: an insider's guide to the parliamentary process, London 1988.
- Düren, Albrecht:** Ludwig Erhards Verhältnis zu organisierten wirtschaftlichen Interessen, in: Ludwig Erhard: Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschr. zum 75. Geburtstag, Frankfurt a.M. 1972, S. 42 - 66.
- Ebbighausen, Rolf:** Parlamentarismus und organisierte Interessenpolitik in der Bundesrepublik, in: Gegenwartskunde: Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 19 (1970), 3, S. 239 - 249.
- Ellis, Nigel:** Parliamentary lobbying : putting the business case to government, London u.a. 1988.
- Ehrmann, Henry W. (Ed):** Interest groups on four continents, Pittsburgh 1958.
- Eising, Rainer:** Assoziative Demokratie in der Europäischen Union?, Hagen 2000.
- Empfehlungen** zur Beteiligung von Interessenverbänden, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (1973), 3, S. 463.
- Esser, Josef / Schröder, Wolfgang:** Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus: vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44 (1999). 1, S. 51 - 61.
- Eurolobbying,** in: EU-Magazin: unabhängige Zeitschrift für Wirtschaft und Politik in der Europäischen Union 1995, 9, S. 8 - 15.
- Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft:** Regelung der Tätigkeit von Interessenvertretern innerhalb der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union [Sekretariat des EZPWD. Red.: Marília Crespo Allen], Luxemburg 1995.
- Fack, Fritz-Ullrich:** Entwicklungstendenzen des industriellen Lobbyismus in der Bundesrepublik, in: Interdependenzen von Politik und Wirtschaft: Beitr. zur politischen Wirtschaftslehre. Festgabe für Gert von Eynern, Berlin 1967, S. 483 - 505.
- Falkner, Gerda:** Policy networks in a multi-level system : convergence towards moderate diversity?, in : West European politics 23 (2000), 4 . S. 94 - 120.
- Faust, Jörg:** Informelle Politik und ökonomische Krisen in jungen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50 (21 vom 19.05.2000), S. 3 - 9.
- Felix, Günther:** Aufwendungen für politische Einflußnahmen auf betriebsbezogene Behörden- und Gesetzesentscheidungen und ihre öffentliche Transparenz, in: Finanz-Rundschau für Einkommensteuer und Körperschaftsteuer 63 (1981), 2, S. 30 - 31.
- Finer, Samuel Eduard:** Die anonyme Macht: Der englische Lobbyismus als Modellfall, Köln 1960.
- Fischer, Klemens H.:** The European Union: a compact guide for business-government-relations, Baden-Baden 2001.
- Forster, Karina:** Lobbying in Brüssel, in: Strauch, Manfred (Hg.) Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. 1993, S. 171 - 216.
- Fritschler, A. Lee / Ross, Bernard H.:** How Washington works: the executive's guide to government, Cambridge, Mass. u.a. 1987.
- Fritz, Rudolf:** Der Einfluß der Parteien und Geschädigtenverbände auf die Schadensfeststellung im Lastenausgleich, Berlin 1964.
- Frye, Charles:** Parties and pressure groups in Weimar and Bonn, in: World politics: a quarterly journal of international relations 17 (1965), 4, S. 635 - 655.

- Gäfigen, Gérard:** Die Interaktion von Staat und Verbänden in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: Dürr, Ernst (Hg.): Weltwirtschaft im Wandel: Festgabe für Egon Tuchtfeldt zum 65. Geburtstag, Bern / Stuttgart 1988, S. 131 – 149.
- Gäfigen, Gérard:** Kooperative Wirtschaftspolitik, neuer Korporatismus und Wirtschaftsordnung, in: Klaus, Joachim (Hg.): Wirtschaftliche Strukturprobleme und soziale Fragen: Analyse und Gestaltungsaufgaben; J. Heinz Müller zum 70. Geburtstag, Berlin 1988, S. 41 – 52.
- Gallas, Andreas:** Politische Interessenvertretung von Arbeitslosen: eine theoretische und empirische Analyse, Frankfurt a.M. 1994
- Gansel, Norbert / Simonis, Heide / Jungmann, Horst:** Abgeordnete - Lobbyisten oder Kontrolleure der Rüstungsindustrie?, in: Albrecht, Ulrich (Hg.): Arbeitsplätze durch Rüstung?: Warnungen vor falschen Hoffnungen, Reinbek 1978, S. 127 – 146.
- Gerlich, Peter (Hg.):** Interessensysteme und Politik: Versuch einer Evaluierung, Wien 1995.
- Gesamthochschule Hagen, Lehrgebiete Politikwissenschaft, Politische Soziologie (Hg.):** Parlament und gesellschaftliche Interessen: die Vermittlung von Interessen und Politik durch den Deutschen Bundestag, Hagen 1992.
- Grant, Wyn:** Pressure groups, politics and democracy in Britain, New York u.a. 1989.
- Grantham, Cliff:** Parliament and political consultants, in: Parliamentary affairs: a journal of comparative politics 42 (1989), 4, S. 503 - 518.
- Greenwood, Justin:** Representing interests in the European Union, New York 1997.
- Grobe, Stefan:** Amerikas Weg nach Israel: die Eisenhower-Administration und die amerikanisch-jüdische Lobby 1953 – 1961, Münster 1995.
- Groebel, Eberhard:** Der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks und sein Einfluß auf die Gesetzgebung, in: Spray, Peter (Hg.): Dem Mittelstand verpflichtet: Festschr. für Hansheinz Hauser, Bonn 1982, S. 113 – 120.
- Groebel, Eberhard:** Verbandseinfluß als Grenze zwischen staatlicher Herrschaft und gesellschaftlicher Machtstruktur : e. Beitr. zur Diskussion um d. Verbändewesen in d. Bundesrepublik Deutschland ; dargest. am Beisp. d. Zentralverbandes d. Deutschen Bäckerhandwerks, Speyer 1983.
- Groth, Stephanie von:** Lobbying im Institutionengefüge der EG durch europäische Umweltverbände, Marburg 1997.
- Groupe d'Étude du Lobbyisme Européen / Institut de Sociologie / Institut d'Études Européennes / Université Libre de Bruxelles / Paul-H. Claeys (Eds):** Lobbyisme, pluralisme et intégration européenne, Bruxelles 1998.
- Grundermann, Roland :** Die psychologische Einflußnahme von Organisationen des Gesundheitswesens durch Pharma-Marketing auf Gesetzgebung und Nachfrageverhalten, Diss. Dortmund 1992.
- Häberle, Peter:** Grundrechte in pluralistischen Gesellschaften - die Verfassung des Pluralismus, Verwaltung, in: Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften 26 (1993), 4, S. 421 – 447.
- Hättich, Manfred:** Parlament und Verbände, in: Civitas. Jahrbuch für Sozialwissenschaft (1962), S. 143 - 160.
- Hamm-Brücher, Hildegard:** Über Schwächen und Mängel unserer Parlamente, in: Liberal: Vierteljahreshefte für Politik und Kultur 4 (1962), 2, S. 3 - 7.
- Hanhart, Joseph (Hg.):** Kreuz- & Querverbindungen im Parlament: (1991 - 1995), Basel 1995.
- Hauff, Michael von:** Theorie und Praxis gewerkschaftlicher Interessenpolitik: Eine ökonomische Analyse, Königstein/Ts. 1979.
- Henning, Christian H. C. A. ; Wald, Andreas:** Zur Theorie der Interessenvermittlung: ein Netzwerkansatz dargestellt am Beispiel der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift 41 (2000), 4, S. 647 - 676.
- Hensel, Rainer:** Der Einfluß der wirtschaftspolitischen Verbände auf die parlamentarische Arbeit, Göttingen 1973.

- Hensel, Rainer:** Mehr Transparenz für Verbandsabgeordnete: Lösungswege durch Inkompatibilitätsregelungen und Ändern der Bundeswahlordnung, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 7 (1974), 8, S. 177 - 181.
- Hirner, Manfred:** Der Deutsche Bundestag im Netzwerk organisierter Interessen, in: Parlament und Gesellschaft: eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie S. 138 - 183
- Hoffmann, Volker:** Interessenvertretungen und Euro-Lobbying, in: Röttinger, Moritz (Hg.) Handbuch der europäischen Integration: Strategie - Struktur - Politik im EG-Binnenmarkt, Wien / Mainz 1991 S. 261 - 286.
- Hojnacki, Marie / Kimball, David C.:** Organized interests and the decision of whom to lobby in Congress, in: American political science review 92 (1998), 4, S. 775 - 790.
- Hollingsworth, Mark:** MPs for hire: The secret world of political lobbying, London 1991.
- Hondrich, Karl Otto:** Die Ideologien von Interessenverbänden: Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1963.
- Huber, Hans:** Staat und Verbände, Tübingen 1958.
- Interessenverbände** in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur politischen Bildung 145 (1971), S. 1 - 24.
- Ishio, Yoshito:** Interest groups' lobbying tactics in Japan and in the US: the influence of **McSpadden, Lettie M. / Culhane, Lettie M.:** The strategies and tactics of interest groups: the case of the environmental and energy policy arena, in: Southeastern political review 27 (2000), 2, S. 223 - 242.
- Julien, Bruno:** Les groupes de pression américains: le lobby agro-alimentaire à l'assaut de pouvoir, un modèle pour l'Europe?, Paris 1988.
- Kauermann, Karl:** Die Besteuerung des deutschen Kreditgewerbes. Eine Fallstudie zum Problem der finanzpolitischen Willensbildung, Mahrburg/Lahn, 1975.
- Keman, Hans:** Konkordanzdemokratie und Korporatismus aus der Perspektive eines rationalen Institutionalismus, in: Politische Vierteljahresschrift 37 (1996), 3, S. 494 - 516.
- Kerl, Volkher:** Über Verbände, Lobbyisten und Ämter, in: langfristige Kredit: Zeitschrift für Finanzierung und Vermögensanlage. - 52 (2001), 10 . -, S. 328 - 330.
- Kipp-Maack, Elke:** Der ADAC zwischen Verbandsoligarchie und Mitgliederpartizipation: am Beispiel der Debatte um schadstoffarme PKW und Geschwindigkeitsbeschränkung, Diss. Bochum 1992.
- Kißler, Leo:** Parlament und gesellschaftliche Interessen, in: Bellers, Jürgen / Westphalen, Raban Graf von (Hg.): Parlamentslehre: das parlamentarische Regierungssystem im technischen Zeitalter, München 1993, S. 314 - 346.
- Klatt, Hartmut:** Verbände als Nebenregierung: Einflüsse auf die Gesetzgebung, in: Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft 14 (1981), 6, S. 335 - 341.
- Klingemann, Hans-Dieter (Hg.):** Zur Zukunft der Demokratie: Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2000.
- Kollman, Ken:** Inviting friends to lobby: interest groups, ideological bias, and congressional committees, in: American journal of political science 41 (1997), 2, S. 519 - 544.
- Krockow, Christian Graf von:** Unter dem Druck der Verbände: Eine Lücke im demokratischen Verfassungssystem, in: Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft 7 (1974), 10, S. 596 - 598.
- Lange, Klaus-Jürgen:** Die Rechtsstellung der Interessentenverbände, Würzburg 1966.
- Lecocq, Vincent:** Le lobbying européen: information ou manipulation?, in: Revue du marché commun et de l'Union Européenne 347 (1991), S. 400 - 403.
- Lehmbruch, Gerhard:** Administrative Interessenvermittlung, in: Adrienne Windhoff-Héritier (Hg.): Verwaltung und ihre Umwelt: Festschrift für Thomas Ellwein, Opladen 1987 S. 11 - 43.
- Lever, Nora S.:** Report on the registration of lobbyists, in: Constitutional and parliamentary information 38 (1988), 154, S. 43 - 53.
- Levy, David L. / Egan, Daniel:** Capital contests: national and transnational channels of corporate influence on the climate change negotiations, in: Politics & society 26 (1998), 3, S. 337 - 361.

- Lobby in Bonn.** Neue Adressen für alte Interessen, in: *Capital: Das deutsche Wirtschaftsmagazin* 9 (1970), 1, S. 44 – 45.
- Lobbyismus und Politik,** in: : *Wirtschaftsdienst: wirtschaftspolitische Monatsschrift.* - 80 (2000), 3, S. 139 – 152.
- Mack, Charles S.:** *Lobbying and government relations: a guide for executives,* New York u.a. 1989.
- Marsh, Ian:** Interest groups and policy making: a new role for select committees?, in: *Parliamentary affairs: a journal of comparative politics* 41 (1988), 4, S. 469 - 489.
- Matyja, Miroslaw:** Der Einfluß der Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) auf den Entscheidungsprozeß der Europäischen Union, Bern u.a. 1999.
- Mazey, Sonia (Ed.):** *Lobbying in the European Community,* Oxford 1993.
- McLaughlin, Andrew M. / Jordan, Grant / Maloney, William A.:** Corporate lobbying in the European Community, in: *Journal of common market studies* 31 (1993), 2, S. 191 – 212.
- Merkatz, Hans-Joachim:** Regiert die Lobby? Parlament, Regierung und Interessenverbände, in: Hübner, Emil u.a. (Hg.): *Der Bundestag von innen gesehen,* München 1969, S. 196 - 206.
- Merkenich, Stephanie:** *Grüne Front gegen Weimar: Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918– 1933,* Düsseldorf 1998.
- Miller, Charles:** *Lobbying government: understanding and influencing the corridors of power,* Oxford 1987.
- Miller, Charles:** *Lobbying: understanding and influencing the corridors of power,* Oxford 1990.
- Möller, Franz:** *Verbände als Helfer des Gesetzgebers am Beispiel des Baugesetzbuches; zugleich eine Würdigung der Arbeit des Deutschen Volksheimstättenwerks,* Bonn 1987.
- Moloney, Kevin:** *Lobbyists for hire,* Aldershot u.a. 1996.
- Mucciaroni, Gary:** *Reversals of fortune: public policy and private interests,* Washington D.C. 1995.
- Müller, Emil-Peter:** "Die Wirtschaft" im 10. Deutschen Bundestag, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 15 (1984),2, S. 187 - 196.
- Müller, Emil-Peter:** Gewerkschafter in den Ausschüssen des 8. Deutschen Bundestages, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 9 (1978),4, S. 489 - 495.
- Müller, Emil-Peter:** Interessen der gewerblichen Wirtschaft im IX. Deutschen Bundestag, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 13 (1982),4, S. 453 - 461.
- Müller-Rommel, Ferdinand:** Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag, in: Thaysen, Uwe / Davidson, Roger H. / Livingston, Robert G. (Hg.): *US-Kongreß und Deutscher Bundestag: Bestandsaufnahmen im Vergleich,* Opladen 1988 S. 300 – 323.
- Nestle, Marion:** Food lobbies, the food pyramid, and US nutrition policy, in: *International journal of health services: health and social policy, political economy and sociology, history and philosophy ethics and law* 23 (1993), 3, S. 483 – 496.
- Nollert, Michael:** Verbändelobbying in der Europäischen Union - europäische Dachverbände im Vergleich, in: Alemann, Ulrich von (Hg.): *Verbände in vergleichender Perspektive: Beiträge zu einem vernachlässigten Feld,* Berlin 1997, S. 107 - 136.
- Nollert, Michael:** Verbandliche Interessenvertretung in der Europäischen Union: Einflußressourcen und faktische Einflussnahme, in *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (1996), 3, S. 647-667.
- Norsk Utenrikspolitisk Institutt:** *Lobbying the EC: that unknown power,* Oslo 1992.
- Norton, Philip (Ed.):** *Parliaments and pressure groups in western Europe,* London 1999.
- Nownes, Anthony J. / Freeman, Patricia:** Interest group activity in the States, in: *journal of politics* 60 (1998), 1, S. 86 - 112.
- Nownes, Anthony J. / Freemann, Patricia K.:** Female lobbyists: women in the world of "Good Ol' Boys", in: *Journal of politics* 60 (1998), 4, S. 1181 - 1201.
- Olson, Mancur:** *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen,* Tübingen 1992.

- Ornstein, Norman J.:** Interessenvertretung auf dem Kapitol, in: Thaysen, Uwe / Davidson, Roger H. / Livingston, Robert G. (Hg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag: Bestandsaufnahmen im Vergleich, Opladen 1988, S. 281 – 299.
- Pfeifer, Georg:** Eurolobbyismus: organisierte Interessen in der Europäischen Union, Frankfurt a.M. 1995.
- Philip, Alan Butt:** Pressure group power in the European Community, in: *Intereconomics: review of european economic policy* 22 (1987),6, S. 282 - 289.
- Pieh, Eleonore:** "Fight like David - run like Lincoln": die politischen Einwirkungen des protestantischen Fundamentalismus in den USA, Münster 1998.
- Pippig, Gerhard:** Verwaltungsskandale: zur Korruption in der öffentlichen Verwaltung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7 (1990), S. 11 - 20.
- Priddat, Birger P.:** Chancen und Risiken des Korporatismus, in : *Wirtschaftspolitische Blätter* 48 2001, S. 277-281.
- Reese-Schäfer, Walter:** Am Ausgang des korporatistischen Zeitalters: Ist die Theorie des Neokorporatismus inzwischen überholt?, in: *Gegenwartskunde: Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung* 45 (1996), 3, S. 323 – 336.
- Reinelt, Elke:** Die EG-Bankbilanzrichtlinie und der Lobbyismus der Banken: eine Analyse des Gesetzgebungsprozesses, Frankfurt a.M. 1998.
- Reuter, Waldemar:** Lobbyismus oder verantwortliche Mitarbeit der Verbände?, in: *Der Deutsche Beamte* 17 (1967), 12, S. 225 - 227.
- Reutter, Werner:** Organisierte Interessen in Deutschland: Entwicklungstendenzen, Strukturveränderungen und Zukunftsperspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50 (26/27 vom 23.06.2000), S. 7 - 15.
- Rey, Peter:** Der Einfluß von Interessengruppen im ökonomischen System der Bundesrepublik Deutschland auf politische Entscheidungsprozesse, dargestellt am Beispiel der Umweltpolitik, Diss. Bremen 1990.
- Rhenisch, Thomas:** Europäische Integration und industrielles Interesse: die deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Stuttgart 1999.
- Richardson, Jeremy J. / Maloney, William A. / Rüdiger, Wolfgang:** The dynamics of policy change: lobbying and water privatization, in: *Public administration* 70 (1992), 2, S. 157 – 175.
- Richter, Carolin:** Lobbyismus und Abgeordnetenbestechung: Legitimität und Grenzen der Einflußnahme von Lobbyisten auf Abgeordnete, Aachen 1997.
- Rickert, Dieter:** Die Rolle der Verbände in der freiheitlichen Demokratie, in: *Jahrbuch / Bitburger Gespräche* 1976, S. 131 – 143.
- Rollmann, Dietrich-Wilhelm:** Zehn Gebote für Lobbyisten, in: *MdB: Magazin der Bundeshauptstadt* 4 (1982),2, S. 7 - 9.
- Rollmann, Dietrich-Wilhelm:** Wie erreiche und überzeuge ich Politiker? Zehn Gebote für Lobbyisten, in: *Der deutsche Arzt: Ärztliches Forum für Fortbildung, Politik u. Wirtschaft* 31 (1981),23, S. 6 – 10.
- Rosser, David:** *A dragon in the house*, Llandysul 1987.
- Rush, Michael (Ed.):** *Parliament and pressure politics. For the Study of Parliament Group*, Oxford u.a. 1990.
- Rush, Michael:** Lobbying parliament, in: *Parliamentary affairs: a journal of comparative politics* 43 (1990), 2, S. 141 - 148.
- Ryffel, Hans:** Staat und Gesellschaft im Zeichen des Pluralismus, in: *Wirtschaft und Recht. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht* 14 (1962), 3, S. 184 - 198.
- Saipa, Axel:** Politischer Prozeß und Lobbyismus in der Bundesrepublik und in den USA: Eine rechtsvergleichende und verfassungspolitische Untersuchung, Göttingen 1971.
- Salzborn, Samuel:** Heimatrecht und Volkstumskampf: außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

- Sand, Felix:** Die Geltendmachung wirtschaftspolitischer Interessen im demokratischen Staat: "Institutionalisierung" des Einflusses der Verbände auf die. Wirtschaftspolitik?, Köln 1965.
- Schaber, Thomas:** Transparenz und Lobbying in der Europäischen Union: Geschichte und Folgen der Neuregelung von 1996, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997),2, S. 266 - 278.
- Schäfer, Friedrich:** Die Stellung der Verbände in der Demokratie aus der Sicht der parlamentarischen Praxis, in: Alemann, Ulrich von (Hg.): Verbände und Staat: vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente, Opladen 1979, S. 187 - 198.
- Scheff, Josef (Hrsg.):** Lobby-Management: Chancen und Risiken vernetzter Machtstrukturen im Wirtschaftsgefüge, Wien 1998.
- Schendelen, Marinus P.C.M. van:** Die wachsende Bedeutung des europäischen Lobbying, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24 (1993), 1, S. 64 - 72.
- Schendelen, Marinus P.C.M. van:** National public and private EC lobbying, Aldershot u.a. 1993.
- Schily, Otto:** Wie der Flick-Konzern in Bonn Politik machte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift 31 (1986),4, S. 436 - 447.
- Schmidt, Manfred G.:** Wörterbuch zur Politik. Stuttgart 1995, S. 567.
- Schmidt, Kurt:** Zur Problematik der finanzpolitischen Willensbildung im demokratischen Gruppenstaat, in: Greiß, Franz (Hg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur: Festgabe für Alfred Müller-Armack, Berlin 1961, S. 129 - 143.
- Schmidt, Walter:** Gesellschaftliche Machtbildung durch Verbände, in: Staat: Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte 17 (1978), 2, S. 244 - 271.
- Schmitt, Matthias:** Wirtschaftliche Interessenvertretung und Öffentlichkeit, in: Wirtschaftspolitische Chronik 16 (1967), 1, S. 43 - 64.
- Schmitter, Philippe C.:** Corporatism is dead! Long live Corporatism!, in : Government and opposition: a quarterly journal of comparative politics 24 (1989), 1, S. 54 - 73.
- Schmitter, Philippe C. / Grote, Jürgen R.:** Der korporatistische Sisyphus: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, In : Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 38 (1997),3, S. 530 - 554.
- Schröder, Heinrich Josef:** Gesetzgebung und Verbände: Ein Beitrag zur Institutionalisierung der Verbandsbeteiligung an der Gesetzgebung, Berlin 1976.
- Schwarz, Friedhelm:** Das gekaufte Parlament: die Lobby und ihr Bundestag, München 1999.
- Sebaldt, Martin:** Interessengruppen und ihre bundespolitische Präsenz in Deutschland: Verbandsarbeit vor Ort, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (1996), 4, S. 658 - 696.
- Sebaldt, Martin:** Verbände und Demokratie: Funktionen bundesdeutscher Interessengruppen in Theorie und Praxis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36/37 (1997), S. 27 - 37.
- Sebaldt, Martin:** Verbändedemokratie im Umbruch. Dimensionen der Modernisierung im System organisierter Interessen der USA, in: Zeitschrift für Politik 48 2001, S. 24-47.
- Sebaldt, Martin:** Parlamentarische Demokratie und gesellschaftliche Modernisierung: der Deutsche Bundestag im Gefüge organisierter Interessen seit Mitte der siebziger Jahre, in: Oberreuter, Heinrich / Kranenpohl, Uwe /Sebaldt, Martin (Hg.): Deutsche Bundestag im Wandel: Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 280 - 302.
- Sebaldt, Martin:** Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA. Wiesbaden 2001.
- Seip, Stefan:** Strategische Perspektiven des BVI - Anforderungen an eine gewachsene Interessenvertretung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 55 (2002), 7, S. 293 - 297.
- Sendler, Horst:** Abhängigkeiten der unabhängigen Abgeordneten, in: Neue juristische Wochenschrift 38 (1985), 25, S. 1425 - 1433.
- Sitte, Ralf:** Lobbying in der Hauptstadt-Debatte: Formen und Möglichkeiten unkoordinierter Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22 (1991), 4, S. 535 - 554.
- SPD-Parteivorstand (Hg.):** Die Finanzierung des Wahlkampfes 1957 .Eine Untersuchung über die Abhängigkeit politischer Parteien von wirtschaftlichen Machtgruppen, Hannover 1957.

- Spengler, Albrecht:** Zivilrechtliche Haftung für Beeinflussung von Gesetzgebungsorganen?, in: Juristenzeitung: 9 (1954), 22, S. 692 - 694.
- Stammer, Otto:** Verbände und Gesetzgebung. Die Einflußnahme der Verbände auf die Gestaltung des Personalvertretungsgesetzes, Köln 1965.
- Steinberg, Rudolf:** Das Verhältnis der Interessenverbände zu Regierung und Parlament, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 5 (1972), 9, S. 207 - 211.
- Steinberg, Rudolf:** Parlament und organisierte Interessen, in: Schneider, Hans-Peter / Zeh, Wolfgang (Hg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland: ein Handbuch, Berlin 1989, S. 217 - 259.
- Stern, Philip M.:** The best Congress money can buy, New York 1988.
- Sterr, Martin:** Politik im Namen Gottes: die Macht religiöser Lobbyisten in den USA, in: Internationale Politik 55 (2000), 2, S. 35 - 40.
- Strauch, Manfred (Hrsg.):** Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M 1993.
- Strauch, Manfred:** Lobbying in Bonn und Brüssel, in: Strauch, Manfred (Hg.): Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. 1993, S. 61 - 89
- Strauch, Manfred:** Stand der Lobby-Diskussion in Europa: ein Standesrecht für Lobbyisten?, in: Strauch, Manfred (Hg.): Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. 1993, S. 91 - 146.
- Streeck, Wolfgang (Hg.):** Staat und Verbände, Opladen 1994.
- Streeck, Wolfgang:** Korporatismus in Deutschland: zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt a.M. u.a. 1999.
- Streit, Manfred E.:** Verbände, marktwirtschaftliche Ordnung und politische Verfassung, in: Vaubel, Roland (Hg.): Handbuch Marktwirtschaft, Pfullingen 1986, S. 199 - 205.
- Strobl, Dietmar:** Zur Entwicklung und zukünftigen Gestaltung des Einflusses der Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aktuelle Fragen aus der Bildungsarbeit für den Offizier an der Führungsakademie der Bundeswehr, Bonn 1977, S. 59 - 85.
- Tarnawska, Katarzyna:** The evolution of lobbying in the European Union, in: Polish quarterly of international affairs 8 (1999), 3, S. 25 - 39.
- Teuber, Jörg:** Interessenverbände und Lobbying in der Europäischen Union, Frankfurt a.M. 2001.
- The regulation of lobbying,** in: Parliamentary affairs: a journal of comparative politics 51 (1998), 4, S. 487 - 599.
- Theisen, Heinz:** Auf Kosten der Zukunft. Über die Herrschaft der Verbände, in: Universitas 53 (1998), 1, S. 41 - 51.
- Theisen, Heinz:** Korporatismus und Konfliktkultur als Ursachen der "Deutschen Krankheit", in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1998), 29/30, S. 9 - 15.
- Theisen, Heinz:** Nachhaltigkeit zwischen Korruption und Kooperation: Leitbild zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Scheidewege 31 (2001), S. 77 - 88.
- Thomas, Clive S.:** Interest Group Regulation Access in the United States. Rationale, Development and Consequences, in Parliamentary Affairs, Nr. 51 1998, S. 500-515
- Traxler, Franz:** Interests, politics, and European integration : Austria's political system in the wake of 1992, in: European journal of political research 22 (1992), 2, S. 193 - 217.
- Truman, David B.:** The governmental process: political interests and public opinion, New York 1958.
- Urban, Hans-Jürgen:** Ein neues "Bündnis für Arbeit"? Über Interessenlagen und Verhandlungsstrategien in einem neokorporatistischen Beschäftigungspakt, in: Zeitschrift für Sozialreform, 44 (1998), 9, S. 613 - 637.
- Versteyl, Ludger-Anselm:** Der Einfluß der Verbände auf die Gesetzgebung, Bochum 1972.
- Versteyl, Ludger-Anselm:** Wie kann der Verbandseinfluß kanalisiert werden? Verbände und Gesetzgebung, in: Bürger im Staat 26 (1976), 2, S. 105 - 109.
- Völpel, Dagobert:** Rechtlicher Einfluß von Wirtschaftsgruppen auf die Staatsgestaltung, Berlin 1972.

Vossestein, Adrian J.: Corporate efforts to influence public authorities, and the EC rules on competition, in: Common market law review 37 (2000), 6, S. 1383 - 1402.

Walderdorff, Philipp Graf von: Deutscher Industrie- und Handelstag: Lobby seit 1949, in: Strauch, Manfred (Hg.): Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. 1993, S. 157 - 170.

Wambach, Manfred Max: Verbändestaat und Parteienoligopol: Macht und Ohnmacht d. Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971.

Wartenberg, Ludolf-Georg von: Lobbying - Die Rolle der Verbände in Deutschland, in: Strauch, Manfred (Hg.): Lobbying: Wirtschaft und Politik im Wechselspiel, Frankfurt a.M. 1993, S. 147 - 156.

Weber, Jürgen: Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, München 1981.

Weizsäcker, Carl-Friedrich von / Eschenburg, Theodor / Röpke, Wilhelm: Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker, München 1964.

Wenzel, Jörg: Argumente durch die Hintertür?: Bonns bunte Lobbywelt, in: Parlament: die Woche im Bundeshaus 43 (1993), 34, S. 20.

Weßels, Bernhard: Kommunikationspotentiale zwischen Bundestag und Gesellschaft. Öffentliche Anhörungen, informelle Kontakte und innere Lobby in wirtschafts- u. sozialpolitischen Parlamentsausschüssen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987), 2, S. 285 - 311.

Weßels, Bernhard: Die Entwicklung des deutschen Korporatismus, in: ApuZ 26/27 2000, S. 16-21.

Weßels, Bernhard: Die deutsche Variante des Korporatismus, in: Kaase, Max (Hg.): Eine lernende Demokratie : 50 Jahre Bundesrepublik, Berlin (1999), S. 87 - 113.

Wiemers, Eckhard: Bundesrepublik - "Spielball der Interessengruppen"?: Immer mehr Lobbyisten in Bonn, in: Parlament: die Woche im Bundeshaus 41 (1991), 3/4, S. 4.

Willems, Ulrich (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen 2000.

Windhoff-Heritier, Adrienne: Partizipation und Politikinhalt: Voraussetzungen und Folgen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung im kommunalen Entscheidungsprozeß, Münster 1983.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages [Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft]: Regelung der Tätigkeit von Interessenvertretern innerhalb der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Bonn 1995.

Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft: Gutachten zur Frage des Zusammenwirkens staatlicher und nichtstaatlicher Kräfte in der Wirtschaftspolitik, Bonn 1964.

Wittenberg, Ernest / Wittenberg Elisabeth.: How to win in Washington: very practical advice about lobbying, the grassroots, and the media, Oxford 1990.

Wood, David M.: The conservative member of parliament as lobbyist for constituency economic interests, in: Political studies 35 (1987), 3, S. 393 - 409.

Zbinden, Paul: Verbände und Politik: Einflussnahme der Verbände auf die politische Willensbildung, in: Unternehmung: schweizerische Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung u. Praxis 41 (1987), 1, S. 87 - 98.

Zeh, Wolfgang: Einfluß und Rückfluß: Implementation über beteiligte Interessen, in: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung: Verhandlungen d. Fachtagung d. DVPW vom 11. - 13. Oktober 1983 in Mannheim, S. 277 - 289.

Zum Thema Lobbyismus, in: Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 15 (1968), 3, S. 211 - 227.